

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbesitzern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abbestellpreis: Die monatlich gelieferte Kopierzahl oder deren  
Raum 60 Pf. für Familienangehörige 30 Pf., für die Restfamilie (entsprechend  
an den beteiligten Teil einer Leihzahl) 1,50 RM, Anzeigen-Ansätze nur  
modernisiert von 2 Uhr an in der Druckerei Dresden, 1. Arbeiterstraße

Abbestellpreis: Die monatlich gelieferte Kopierzahl oder deren  
Raum 60 Pf. für Familienangehörige 30 Pf., für die Restfamilie (entsprechend  
an den beteiligten Teil einer Leihzahl) 1,50 RM, Anzeigen-Ansätze nur  
modernisiert von 2 Uhr an in der Druckerei Dresden, 1. Arbeiterstraße

Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft mbH, Dresden, Seidenstraße 20  
Leitung: Eisenbachstr. 1, Dresden 17 200, Verlagsleiter: Dresden 18 000  
Sprechstunden: Montag 16-18 Uhr alle Sonntage, Mittwochs 17-18 Uhr  
betriebs- und arbeitschaft. Fragen, Anzeigen 18-19 Uhr für alle Sprechstunden

7. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 3. Juni 1931

Nummer 103

## Brünings Plan enthüllt!

# Arbeitslosenversicherung wird zertrümmert

Alle Unverheirateten beiderlei Geschlechts, alle Saisonarbeiter, alle verheirateten Frauen, alle Jugendlichen bis 21 Jahre  
sollen aus der Hauptunterstützung hinausgeworfen werden / Anschlag auf Arbeiterlöhne, Angestellten- u. Beamtengehälter

## Entfacht den Sturm im ganzen Land!

Kampf der Hungerverordnung! / Mobilisiert für den Arbeitsbeschaffungsplan der KPD

Berlin, 3. Juni. (Eig. Drahtm.)

Gestern nachmittag hat die Konferenz der Länderminister in der Reichskanzlei begonnen, auf der die Notverordnung und der Aufruf der Reichsregierung den Ministern bekanntgegeben wurde. Noch in dieser Woche soll der Wortlaut der Notverordnung veröffentlicht werden. Inzwischen macht der „Jugendsturm“ konkrete Mitteilungen über den Inhalt der neuen Artde auf das wertvolle Volk, die die schlimmsten Befürchtungen bei weitem übertrifft. Alle Lohnsteuerpflichtigen Einkommen bis 3000 Mark werden ein Prozent, bis 8000 Mark zwei Prozent und bis 12000 Mark drei Prozent gekürzt. Das ist die sogenannte Krisensteuer. Ueberdies werden die Beamtengehälter eine Kürzung von 2 bis 7 1/2 Prozent erfahren. Weiter enthält, so teilt der „Jugendsturm“ mit, die Notverordnung den Fortfall der Lohnsteuererleichterung.

Ungeheuer heillos aber ist die vollständige Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung. Durch die Notverordnung sollen sämtliche Saisonarbeiter und verheirateten Frauen, alle Unverheirateten beiderlei Geschlechts, alle Jugendlichen unter 21 Jahren mit sofortiger Wirkung aus der Arbeitslosenversicherung hinausgeworfen werden und der Krisenunterstützung überwiegen werden. Die Wartezeit wird um eine Woche verlängert. Weiterhin ermächtigt die Reichsregierung die allgemeine Senkung der Unterstützungssätze und gleichzeitig eine Beitragserhöhung um 1/2 Prozent.

Mit einem Sturm der Empörung werden die hungernden Massen diesen ungeheuerlichen Plan beantwortet. Die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Gewerbetreibenden und kleinen Bauern, die buchstäblich hungern, die Millionen Unterstützungsempfänger, die sich im graulichsten Elend befinden, können dieses Attentat auf die letzten Grundlagen ihrer Lebenshaltung nicht hinnehmen. Verheerend wird dieser Sozialangriff des Finanzkapitals durch die direkte Lohnrauboffensive, die gegenwärtig gegen die sächsischen Metallarbeiter gerichtet ist, um später die anderen Arbeiter und Angestellten zu angreifen. So werden dem Volk weitere Milliardenlasten aufgebürdet, die Kaufkraft wird gesenkt und viel Tausend kleiner Existenzen, die ebenfalls durch die neuen Steuern bedrückt werden, sind dem Ruin preisgegeben. Vollkommene Verelendung, Not, Hunger und Massensterben — das würde das Resultat einer Verwirklichung dieser Pläne sein! So offenbart sich das Brünings-Regime des Finanzkapitals als Gift gegen die Werktätigen. Millionen, die bisher noch Hoffnungen auf eine Wendung zum Besseren hatten, werden jetzt blutig erkennen, daß die Kommunistische Partei allein im Recht war, wenn sie immer wieder betonte. Es gibt nur einen Ausweg für das Volk: die Verwirklichung des kommunistischen Arbeitsbeschaffungs- und Sanierungsprogramms, durch Beseitigung der verwerflichen kapitalistischen Herrschaft!

## SPD und Nazis bereiten den Weg

Das Bekanntwerden dieses Raubplanes ist gerade jetzt angesichts der sozialdemokratischen Parteitagserklärung für die Fortsetzung der Isolierung Brünings ein Alarmzeichen für die gesamte Arbeiterklasse. Die SPD ist jetzt vor den ganzen Werktätigen Deutschlands als Vertreterin der Politik des Trugschlusses entlarvt. Der Beschluß des SPD-Parteitages heißt nichts anderes, als daß der gesamte Apparat der SPD in den Gewerkschaften, Genossenschaften, in der Sportbewegung und den übrigen Massenorganisationen, sowie in den finanziellen und kommunalen Verwaltungen eingesetzt werden wird zur Durchführung dieses ungeheuerlichen Anschlagens aufs Volk.

Dieselbe Bedeutung haben die immer wieder betonten Legitimitäts- und Legalitätserklärungen der Parteiführer. Der Schwur Hitlers vor dem obersten Gericht des deutschen Großkapitals, unbedingte die legalen, d. h. die gesetzlichen Verhältnisse in Preussendeutschland zu respektieren, heißt: Hitler will ebenso wie die SPD die Ausbeuter, Wucherer und Schieber gegen das Volk verteidigen, das Trugschlus vor der Volksempörung retten, und er steht gerade bei der Durchführung der faschistischen Raubpläne in einer Front mit der SPD und Brünings zur Rettung des Kapitalismus.

## Den Ausweg zeigt der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD

Nur die KPD zeigt den verelendenden, verzweifeltsten Massen den Ausweg aus dem faschistischen Hungerregime. Das ist der Kampf um die vom Zentralkomitee aufgestellten Forderungen zur Beschaffung von Arbeit und Brot. Die Antwort an Brünings, Weis und Hitler wird der Volkstum gegen die Hungergelehe sein.

Alle Sozialisten, Streikleitung in allen Betrieben und Büros, gewaltige Solidaritätsaufrufe der Werktätigen in Stadt und Land gegen die Raubpläne des Finanzkapitals und seiner Anstöße!

Das Volk wird nicht schweigen. Es erhebt sich zum Widerstand. Betriebsarbeiter! Erwerbslose! Beamte und Angestellte! Nehmt auf den Arbeits- und Stempelstellen, in den Betrieben und Büros sofort zur neuen Situationsverordnung Stellung. Zeigt der herrschenden Klasse euren erbitterten Kampf!

willen! Stadt und Land in eine Front! Millionen müssen es sein, die sich heute um die KPD scharen und in der Notwehr um das nackte Leben allen Volksfeinden den Krieg erklären.

Trommet! Werbet! Mobilisiert die Werktätigen zum Millionenaufmarsch unter dem Banner der KPD und KSO!

## Infames DMV-Manöver gegen Metaller

# Metallarbeiter, höchster Alarm!

Lohnraub-Schlichterkammer wird eingeleitet / DMV-Bonzen mit Ausbeutern einli.

Dresden, den 3. Juni.

Nachdem die Verhandlungen in der sächsischen Metallindustrie am 26. Mai scheiterten, wurde durch den Reichsarbeitsminister der Sonderminister Dr. Fuhrer, Berlin, gegen die sächsischen Metallarbeiter eingeleitet. Heute finden Verhandlungen statt, bei deren Ergebnislosigkeit sofort eine Schlichterkammer eingeleitet werden soll zur Fällung eines verbindlichen Schiedspruches.

Abbau der Sicherheitszulagen vereinbart

Am Donnerstag hatten in Dresden zwischen dem Verband Sächsischer Metallindustrieller und den Gewerkschaften Verhandlungen stattgefunden, die eine Herabsetzung der Zulagen in den Sicherheitsbetrieben zum Ziele hatten. So kam eine Vereinbarung dahin zustande, daß der bisher geltende Zuschlag von 7,5 Pfennig zum Grundlohn der Metallarbeiter auf 5,5 Pfennig ermäßigt wird. Die neue Regelung trat am 1. Juni in Kraft.

Am Montag fanden die Verhandlungen über den Kohnarzt der Installateure für Gas-, Wasser- und Zentralheizungsindustrie statt. Sie wurden ergebnislos abgebrochen. Vereinbarung haben die Parteien, daß ein tariflicher Schiedsamt eingesetzt werden soll, dessen Spruch bindend sein soll.

Erst wurden die Hüttenarbeiter durch Sondervereinbarungen aus der Metallfront genommen und jetzt die Vereinbarung nach der die Heizungsinstallateure und Installateure auch aus der Metallfront getrennt und von vornherein unter das Lohnraubdiktat ge-

preßt werden sollen. Dazu kommt noch die Vereinbarung auf Abbau der Sicherheitszulagen, um die nächste Gruppe aus der Front zu nehmen. Und jetzt die Drohung mit der Einleitung einer Schlichterkammer, deren Spruch von vornherein verbindlich sein soll. Wie wir erfahren, soll sich der Abbau zwischen 8 bis 10 Prozent bewegen, damit die DMV-Bonzen später von einem „Erfolg“ sprechen könnten.

Die Absicht der Metallindustriellen eine Gruppe der Arbeiter nach der anderen niederzurufen wird von den SPD-Funktionären DMV somit ganz offen unterstützt. Zunächst können die Reformisten ihre Verräterrolle nicht entlarven.

Metallarbeiter! Durchkreuzt die ungeheuerlichen Pläne der verbündeten Ausbeuter und DMV-Führer. Wählt in allen Metallbetrieben vorbereitende Kampfausschüsse! Rüstet zum Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub unter Führung des zentralen vorbereitenden Kampfausschusses der sächsischen Metallarbeiter.

## Offene Erklärung des Parteivorstandes:

# Die SPD wird Brünings weiter tolerieren

Sollmann: Marx-Bilalif-Nodreaktionäre Phrase! Freches Verschweigen des Inhalts der Notverordnung Die „Linken“ begnügen sich mit Redensarten / Neue Uebertritte zur Kommunistischen Partei!

Leipzig, 3. Juni.

Die gestrige Sitzung des SPD-Parteitages brachte bereits die Entscheidung, bevor noch irgendeine Abstimmung vorgenommen wurde. Die Redner des Parteivorstandes, Breitscheid und Sollmann, erklärten, daß in der Tolerierungspolitik nichts geändert werden dürfe. Sollmann sagte es sogar, die Lösung Karl Marx! Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten! In ihrer Anwendung auf die heutige Zeit als „Notreaktionäre Phrase“ zu bezeichnen. Beide Redner leugneten, etwas vom Inhalt der Notverordnung zu wissen. Diese Verweigerung an der Arbeiterklasse verleiht also den schändlichen Verschweigungsgewissen fortzulehen. Durch die neuesten Enthüllungen über Brünings Plan zur vollständigen Zerschlagung der

Arbeitslosenversicherung werden diese Komploten gestellt werden. Der Bankrott der „linken“ Oppositionsführer kam dadurch besonders zum Ausdruck, daß die ehemals „linken“ Schreiber West und Liebmann offiziell bekanntgeben ließen, daß sie für die Unterstützung Brünings sprechen würden. Die 9 verurteilten durch radikale Reden über ihren vollkommenen Bankrott hinwegzujäten. Sendewitz kennzeichnete jedoch keinen Kapitalismus durch ein ausdrückliches Bekenntnis zur Einheit mit Weis und seiner Partei, während Rosenfeld schärfere Töne anschlug, um die auf der Tribüne anwesenden SPD-Arbeiter nochmals für sich einzufangen. Daß die „linken“ Führer vor keiner Heuchelei zurückzucken, zeigte am Besten der Schluss der Rosenfeldschen Rede. Er, der die Einheit mit den Leuten aufrechterhalten will,